



Anfrage

Vorlage: AF/0112/2018		Datum: 20.09.2018	
Verfasser:	08-AfD-Ratsfraktion	Az.:	
Betreff:			
Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Neue Erkenntnisse der Stadtverwaltung zur Überwachung der Abu Bakr Moschee			
Gremienweg:			
27.09.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE
	öffentlich		abgesetzt
			geändert

Anfrage:

Wir fragen die Stadtverwaltung:

Wurde die Stadt Koblenz bereits im Vorfeld der Medienberichterstattung (Februar 2018) durch die Sicherheitsbehörden (Polizei und Verfassungsschutz) und/oder Mitarbeiter der Flüchtlingsinitiative „Refugees solidarity Koblenz“ über die Vorgänge in der Abu Bakr Moschee informiert bzw. auf diese hingewiesen?

Die AfD-Ratsfraktion

Joachim Paul, stellvertretender Vorsitzender, MdL